

Brot
für die Welt



MISEREOR
IHR HILFSWERK



Januar 2013

Strukturanpassung 2.0

G8-Initiative „New Alliance for Food Security and Nutrition in Africa“ ebnet der radikalen Öffnung afrikanischer Länder für internationale Saatgut- und Agrarkonzerne den Weg

AG Landwirtschaft und Ernährung des Forums Umwelt und Entwicklung

Die „New Alliance for Food Security and Nutrition in Africa“ (Neue Allianz für Ernährungssicherheit in Afrika) wurde von Barack Obama beim G8-Treffen im Mai 2012 ins Leben gerufen. In dieser Neuen Allianz arbeiten die G8-Staaten mit sechs afrikanischen Staaten (Äthiopien, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Ghana, Mosambik, Tansania), multilateralen Organisationen (u.a. Weltbank, Welternährungsprogramm) und einigen der größten Unternehmen des Agrar- und Ernährungsbereichs (u.a. Cargill, Syngenta, Monsanto, Yara) zusammen. Ihr Ziel ist es in diesen afrikanischen Ländern sichere Rahmenbedingungen für private Investitionen im Agrarsektor zu schaffen. Man erhofft sich, damit in den nächsten zehn Jahren 50 Millionen Menschen aus der Armut zu befreien. Die Bundesregierung unterstützt die Neue Allianz für Ernährungssicherheit aktiv und stellt Mittel unter dem Schirm der G8 New Alliance bereit. Die Zivilgesellschaft warnt, dass diese Initiative zwar der Agrar- und Ernährungsindustrie nützen, aber den Kleinbauern schaden könne.

Ausrichtung der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik an den Interessen der Industrie

Durch die New Alliance wird die internationale Agrar- und Ernährungsindustrie immer stärker in die Politik der G8 eingebunden. Als Ergebnis dieser neuen Allianz ist eine Ausrichtung der Armuts- und Hungerbekämpfungsstrategien an der **Interessenspolitik** der Konzerne zu befürchten. Sie zielt auf eine umfassende Inwertsetzung der landwirtschaftlichen Ressourcen Afrikas und die Einbindung der dortigen landwirtschaftlichen Produktion in globale Wertschöpfungsketten ab. Es ist stark zu hinterfragen, ob diese Integration in die globalen Wertschöpfungsketten wirklich den kleinbäuerlich geprägten afrikanischen Betrieben zu Gute kommen wird.

Durch die Kooperation mit Bayer, Cargill, Yara und Monsanto versprechen sich die G8 schnelle Erfolge in der Hungerbekämpfung. Der Staat hilft ihnen, indem er Investitionsrisiken abfedert, investitionsrelevante Informationen bereit stellt und ein "positives" Investitionsklima auf Agrarinputmärkten (Saatgut, Düngemittel, Pestizide) und im Landsektor schafft. Die G8 New Alliance blendet dabei systematisch die damit verbundenen Probleme wie Machtkonzentration im Saatgutsektor, Verlust der Agrobiodiversität, Verdrängung bäuerlicher Gemeinden, Landkonzentration, Land Grabbing und substantielle Zielkonflikte zwischen dem Anspruch der Hungerbekämpfung und originären Geschäftsinteressen der Konzerne aus. **Gleichzeitig zieht der Staat sich damit aus einer aktiven Politikgestaltung zurück.** Die Konzerne agieren nicht selten von Deutschland oder anderen EU-Ländern aus. Auch hier werden diese und andere Konzerninteressen in der Politik vor die bäuerlichen Interessen gestellt.

Menschenrechtliche Grundprinzipien werden verletzt

Gerade in menschenrechtlich sensiblen Bereichen wie Saatgutrecht und Landpolitik sind die Ansätze der G8 New Alliance grundsätzlich zu hinterfragen. Eine **menschenrechtliche Risikoanalyse** hätte im Vorfeld einer solchen Initiative als Mindestanforderung durchgeführt werden müssen. Viel wichtiger wäre aber eine breite öffentliche Diskussion, ob die starke Einbindung der Privatwirtschaft überhaupt sinnvoll und gesellschaftlich erwünscht ist. Beides ist bislang nicht vorgesehen.

Dramatisch ist, dass die Initiative mehr oder minder hinter verschlossenen Türen und ohne einen Großteil der betroffenen Gruppen erarbeitet wurde. Sie werden wieder einmal nicht als Rechtsträger anerkannt und so **aktiv diskriminiert** und ausgegrenzt. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die rhetorisch hochgehaltene Zielgruppe der New Alliance, die **KleinbäuerInnen, sich mehrfach klar gegen die Strategien der New Alliance ausgesprochen hat.**¹ Von KleinbäuerInnen entwickelte Lösungsansätze, wie Ernährungssouveränität und agrarökologische Strategien, finden leider keine Erwähnung in der New Alliance.

¹ Final Declaration of Civil Society Organisations. Regional Civil Society Consultation for Africa held in Brazzaville April 21-22, 2012; Brief der afrikanischen Zivilgesellschaft an Präsident Obama, April 15 2012.

Förderung einer agrarindustriellen Landwirtschaft und der "Grünen Revolution"

Die Politikvorgaben der New Alliance zielen sehr einseitig auf eine Industrialisierung der Landwirtschaft ab, die auf Hybridsaatgut (und Gentechnik), mehr Düngemittel und Pestizide setzt – sowie auf die maschinelle Bewirtschaftung von großen Flächeneinheiten. Alles Rezepturen der Grünen Revolution, die aber schon in der Vergangenheit insbesondere die marginalisierten und verarmten KleinbäuerInnen nicht erreicht hat. Insgesamt wird bei dem von der G8 New Alliance verfolgten Ansatz viel zu wenig auf das vorhandene Wissen der BäuerInnen eingegangen. Basierend auf den vorliegenden Erkenntnissen des Weltagrarberichts hätte man eine viel stärkere Ausrichtung an dem vorhandenen traditionellen Wissen und den Bedürfnissen der KleinbäuerInnen erwartet. Einige Formulierungen der New Alliance erzeugen sogar den Eindruck man benötige in letzter Konsequenz das Gros der BäuerInnen nicht mehr.² Die Industrie treibt mit Unterstützung der G8-Staaten und ohne erkennbaren Widerstand der afrikanischen Staaten eine **Umstrukturierung des ländlichen Raums ohne die ländliche Bevölkerung voran**. In der Folge droht eine dramatische Reduktion der Nahrungsvielfalt, denn die Anbaustrategien der Agrarindustrie konzentrieren sich häufig auf wenige Anbauprodukte und wenige Sorten. Somit könnte es immer schwieriger werden die Bevölkerung in den Entwicklungsländern mit ausreichend Nährstoffen und Vitaminen zu versorgen. Hier können dann Ernährungsindustrie und Agribusiness ihre Antworten anbieten, die mit großer Wahrscheinlichkeit nährstoffangereicherte Nahrungsmittel aus der Fabrik oder GMOs, wie Golden Rice, heißen werden.

Forderung

Das Forum Umwelt und Entwicklung und die unterzeichnenden Organisationen sehen in der G8 New Alliance eine bis dato nicht dagewesene Vereinnahmung der bisherigen Hungerbekämpfung durch eine kleine, aber mächtige, Interessensgruppe. Dies findet einen markanten Ausdruck in der Tatsache, dass eine "erfolgreiche" Umsetzung der New Alliance an der Verbesserung im "Doing Business Index" der Weltbank gemessen wird, der einzig das Investitionsklima für (ausländische) Investitionen bemisst. Zugleich werden substantielle, reale Risiken für das Recht auf Nahrung und andere Menschenrechte in Kauf genommen.

Das BMZ muss die eigene Strategie, Menschenrechte als „Leitprinzip der deutschen Entwicklungspolitik“ zu verankern³, umsetzen: In der Konsequenz heißt das, **sich aus der New Alliance zurückzuziehen und die Politik an den Interessen und Potenzialen der KleinbäuerInnen auszurichten**. Es beinhaltet auch, dass die betroffenen Gruppen an der Ausarbeitung solcher Politiken aktiv teilnehmen, namentlich KleinbäuerInnen, Pastoralisten, Indigene und KleinfischerInnen. Die Bundesregierung sollte ihre Strategien zur Ernährungssicherung daher unter dem Dach des Committee on World Food Security (CFS) koordinieren, bei dem die afrikanischen Regierungen von Anfang an mit am Tisch sitzen und auch die VertreterInnen der oben genannten ländlichen Gruppen ein echtes Teilhaberecht haben.

² Schätzungen gehen davon aus, dass nicht einmal 5% der afrikanischen Bäuerinnen und Bauern potenziell die notwendige Kapital- und Ressourcenausstattung haben, um sich in die Wertschöpfungsketten der genannten Konzerne zu integrieren; **Seville, D. et al.** (2011), Under what conditions are value chains effective tools for pro-poor development? (SFL / IIED).

³ BMZ (2011) Menschenrechte in der Entwicklungspolitik.